

JSPS Rundschreiben

aus Wissenschaft und Forschung

Japan aktuell

Neuer Director General der JSPS

Herr Teiichi SATO hat am 1. Juli 2000 Herrn Dr. Ken KIKUCHI in seinem Amt als Director General der JSPS in Tokyo abgelöst. Der 61jährige studierte an der Universität Kyoto Rechtswissenschaften und war von 1964 bis 2000 für das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Sport und Kultur (Monbusho) tätig, wobei er von 1997 bis 2000 das Amt des Vizeministers innehatte. Seine Antrittsrede entnehmen Sie bitte unserem englischen Newsletter!
(JSPS Liaison Office Bonn)

Zahl der Bewerber an privaten Universitäten zurückgegangen

Nach einer Studie der Sundai Preparatory School, die auf die Schul- und Universitätsaufnahmeprüfungen vorbereitet, ist bei 46% (1999: 36,8%) der Privatuniversitäten die Zahl der Bewerber nicht einmal mehr doppelt so hoch wie die Zahl der angenommenen Schüler.

Auch wenn in der Region Kanto und Kinki die Bewerberzahl die Zahl der aufgenommenen Schüler um mehr als die Hälfte übertrifft, so sinkt jedoch auch hier in bestimmten Studiengängen, wie etwa den Wirtschaftswissenschaften, den Rechtswissenschaften und den philosophischen Studiengängen die Zahl der Bewerber zunehmend. In der Chugoku und der Shikoku Region ist sogar an 73% der Privatuniversitäten die Zahl der Bewerber nicht einmal mehr doppelt so hoch wie die Zahl der aufgenommenen Schüler (1999: 69,7%). Insgesamt wurden bei der Studie landesweit 435 private Universitäten (ca. 90%) untersucht.

Besonders an den wirtschaftswissenschaftlichen (51,0%, 1999: 36,6%), philosophischen (48,0%, 1999: 40,4%) und juristischen Fakultäten (42,6%, 1999: 36,5%) ist die Zahl der Bewerber drastisch zurückgegangen. Hingegen sind bei den Zahlen für die medizinischen, pharmazeutischen und landwirtschaftlichen Fakultäten kaum Änderungen zu verzeichnen. Offensichtlich ziehen Studien-

gänge, bei denen der spätere Beruf eindeutig vorgegeben ist, größere Studentenzahlen an.
(Quelle: Asahi 05.06.2000)

Teilzeitstudenten

Der University Council (beratendes Organ des Premierministers) hat einen Zwischenbericht mit folgenden Reformvorschlägen und -forderungen vorgelegt:

1. Regelungen für „Teilzeitstudenten“, denen ohne Altersbeschränkung ein Studium neben der Arbeit ermöglicht werden soll. Leistungspunkte sollen nach und nach angesammelt werden und auch über den Zeitpunkt ihres Abschlusses sollen diese Teilzeitstudenten entscheiden können. Anstelle von jährlichen Studiengebühren, sollen Gebühren je nach besuchten Kursen erhoben werden.

2. Die Spezialisierung auf verschiedene Fachgebiete gleichzeitig und die Möglichkeit, mehrere Dokortitel zu erwerben, um so den Anforderungen der Unternehmen zu entsprechen, die Mitarbeiter mit breitem Wissen auf verschiedenen Gebieten einstellen möchten.

3. Anerkennung von „virtuellen Universitäten“, an der in- und ausländische Studenten via Internet studieren können. Auch Studenten die kein Fernstudium machen, sollen bis zu 16 Leistungspunkte über das Internet erwerben können. Ferner sollen Leistungspunkte und Abschlüsse, die an einer virtuellen Universität im Ausland erworben wurden, in Japan anerkannt werden.

Mit diesen Reformvorschlägen soll Japan an das Hochschulsystem der USA und anderer Länder anknüpfen, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können.

Der University Council will im Herbst diesen Jahres den Abschlußbericht zu den Reformvorschlägen vorlegen. Das japanische Bildungsministerium plant eine Reform der nationalen Richtlinien zur Universitätsgründung und will für eine schnellstmögliche Umsetzung sorgen.

(Quelle: Asahi 24.06.2000)

Immer weniger Universitätsabsolventen finden Arbeitsplatz

Eine im Mai veröffentlichte Studie des japanischen Bildungsministeriums und des Arbeitsministeriums ergab, daß in diesem Frühjahr 50.000 Universitätsabsolventen (inkl. Kurzzeituniversitäten) keinen Arbeitsplatz fanden, das sind ca. 5000 mehr als im Vorjahr.

Bei der Umfrage wurden 5.860 Studenten von 108 Universitäten, Kurzzeituniversitäten und Berufsfachschulen befragt. 91,9% der männlichen Absolventen fanden einen Arbeitsplatz, das sind 1,3 % weniger als im letzten Jahr, bei den Absolventinnen waren es 0,3% weniger (89,5%). Nach Fächern getrennt fanden 92,6% der Absolventen aus den Naturwissenschaften (2,2% weniger als im Vorjahr) einen Arbeitsplatz, während es bei den anderen Fächern nur 90,7% waren (0,6% weniger als im Vorjahr). Regional gesehen fanden in Hokkaido, Tohoku und Kansai 90,4% der Hochschulabsolventen eine Arbeitsstelle, wohingegen es in Kyushu nur 83,7% waren. Genau wie im letzten Jahr bekamen 100% der männlichen Absolventen von Technischen Universitäten, 84% der Absolventinnen von Kurzzeituniversitäten (4,4% weniger als im Vorjahr) und 83,2% der Absolventinnen von Berufsfachschulen (3,1% weniger als im Vorjahr) eine Anstellung.

Das Arbeitsministerium will den Arbeitssuchenden helfen, indem es Jobbörsen organisiert, kurze Lehrgänge, wie z.B. Praktika, sowie berufsausbildende Kurse an privaten berufsbildenden Einrichtungen anbietet. Ferner wurde Ende letzten Jahres in Tokyo auch ein Zentrum zur Unterstützung von arbeitssuchenden Hochschulabsolventen eingerichtet, welches Stellenangebote per Computer offeriert und verschiedene Veranstaltungen durchführt.

(Quelle: Japan Times 13.05.2000, Pressemitteilungen des Arbeitsministeriums: 12.05.2000)

Studium im Ausland per Internet

Der University Council, beratendes Organ des japanischen Bildungsministers, hat am Ende Mai vorgeschlagen, erfolgreiche Teilnahme an Internetveranstaltungen ausländischer Universitäten als Leistungspunkte für japanische Universitäten zu werten. Auf diese Weise soll das Studium an einer ausländischen Universität per Teilnahme an deren „virtuellen Campus“ im Internet dem Auslandsstudium gleichgesetzt werden.

Ferner fordert der University Council auch die Möglichkeit der Promotion per Fernstudium.

Derzeit werden in bestimmten Fächern Leistungspunkte aus einem Auslandsstudium an japanischen Universitäten anerkannt.

Bislang gab es für japanische Studenten jedoch noch keine Regelungen für ein länderübergreifendes Fernstudium. Daher prüft der Council die Programme ausländischer Universitäten, die bereits ein Fernstudium für Studenten im Ausland anbieten, bezüglich Abschlüssen und Leistungspunkten sowie Bildungsniveau und Qualität.

Daneben fordert der University Council an japanischen Universitäten auch ein Fernstudium für Studenten aus dem Ausland einzurichten.

(Quelle: Asahi 01.06.2000)

Normen für die humangenetische Genomforschung

Basierend auf einem Vorschlag des Council for Science and Technology wollen fünf Ministerien, darunter das japanische Bildungs- und das Gesundheitsministerium, im Laufe des Jahres einen konkreten Leitfaden für die humangenetische Genomforschung verabschieden.

Seitens der Industrie und der Lehrer war zuvor Kritik laut geworden, daß die ethischen Aspekte der Forschung ganz im Ermessen der jeweiligen Forschungseinrichtung liege.

Daß jedoch ein staatlicher Regelungsbedarf besteht, kann man aus der Zahl der bereits heute durchgeführten Genomanalysen ableiten: So ergab eine Studie im Auftrag von bedeutenden klinischen Forschungsfirmen, daß 70 % eben dieser 452 Firmen (d.h. 314 Firmen) alleine im vergangenen Jahr 23.000 Genomanalysen durchgeführt hatten. Hierbei wurden in 10.300 Analysen das Erbgut auf ein vorliegendes Krebsrisiko untersucht, in etwa 8.800 Analysen untersuchte man das Risiko, an Bluthochdruck zu erkranken oder alkoholabhängig zu werden, und in ca. 3.700 Fällen wurde das Erbgut auf bestimmte Erbkrankheiten analysiert. Auch das Interesse der Universitätskliniken an derartigen Analysen soll groß sein. Da Genomanalysen jedoch nicht von der japanischen Krankenkasse übernommen werden, können Anträge zur Erbgutanalyse nicht von den Universitätskliniken selbst bearbeitet werden, sondern werden an die o.g. privaten Forschungsfirmen weitergegeben.

Um den Schutz dieser persönlichen Daten bezüglich des Erbmaterials zu garantieren und eine Diskriminierung aufgrund jener Daten zu verhindern, hat der Council for Science and Technology nun einen aus 27 Artikeln bestehenden Grundregelkatalog aufgestellt, der mit "verfassungsmäßigem Charakter" zukünftig die Basis der sich entwickelnden Genomforschung bilden soll. Der Entwurf sieht vor, daß von ärztlicher Seite eine Aufklärungspflicht besteht und ein schriftliches Einverständnis des Spenders zur Erbgutanalyse vorliegen muss. Weiter heißt es,

daß das Ergebnis der Genomanalyse, zwei Wochen nachdem es dem Patienten mitgeteilt worden ist, vernichtet werden muß. Spender von genetischem Material haben jedoch auch das Recht zu entscheiden, ob ihnen die Ergebnisse der Analyse mitgeteilt werden sollen oder nicht. Weiterhin dürfen Personen aufgrund der Ergebnisse ihrer Genomanalyse in Hinblick auf Heirat, Beschäftigung oder Versicherungsabschluß nicht diskriminiert werden. Im Umgang mit den während der Forschung gewonnen persönlichen Daten wird von den Forschern strengste Sorgfalt gefordert. Personen die aufgrund eines nachlässigen Umgangs mit ihren Daten einen Schaden erleiden, sollen ein Recht auf Schadensersatz gegenüber den betreffenden Forschungseinrichtungen erhalten.

Die fünf Ministerien werden eine aus Fachleuten zusammengesetzte Forschungsgruppe einsetzen und nun den konkreten Richtlinienentwurf erarbeiten. Die bereits bestehende Ethikrichtlinie des Gesundheitsministerium soll entsprechend angepaßt werden.

(Quelle: Nikkei 08.06.00, Asahi 29.07.00)

Kommunikationsprobleme bei Oberschülern

Immer mehr japanische Oberschüler sind nicht in der Lage, sich verbal auszudrücken und mit ihren Mitmenschen zu kommunizieren. Aus diesem Grund hat eine Oberschule in Fukuoka das Pflichtfach „Japanische Kommunikation“ im April diesen Jahres eingeführt, das die Schüler dazu ermutigen soll, mehr zu sprechen. Das Fach soll zunächst für zwei Jahre unterrichtet werden und wurde von den Pädagogen mit großem Interesse angenommen. Der Unterricht wird von Sozialwissenschafts-, Mathematik- und Englischlehrern gegeben und ist auf eine Stunde pro Woche begrenzt. Im ersten Jahr konzentriert sich der Unterricht auf „Sprechen“ und „Zuhören“, wobei den Schülern die Möglichkeit zu einer zweiminütigen Rede zu verschiedenen Themen gegeben werden soll. Die Zuhörer sind dann aufgefordert, ihren Kommentar zu den Kurzreden abzugeben. Der Redner selbst kann sich nachträglich per Videoaufzeichnung beurteilen. Ziel ist es, die Schüler daran zu gewöhnen, in der Öffentlichkeit zu sprechen. Im zweiten Jahr steht „Lesen und Schreiben“ im Mittelpunkt des Unterrichts.

(Quelle: Japan Times 27.05.2000)

Bericht zum Klassenzimmerkollaps

Mitte Mai wurde von einer vom japanischen Bildungsministerium (Monbusho) beauftragten

Forschungsgruppe des National Institute for Educational Research, ein Bericht zum Klassenzimmerkollaps (vgl. JSPS Rundschreiben 05/1999) veröffentlicht. In ganz Japan wurden 150 Klassen, die von diesem Phänomen betroffen sind, untersucht. Folgende Punkte wurden von den Klassen als Ursachen für das Problem genannt:

1. Mangelnde Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Schulen (20 Klassen)
2. In der Klasse sind Kinder, die eine besondere pädagogische Betreuung brauchen (37 Klassen)
3. In der Klasse sind Kinder, die in der Familie nicht die notwendige Erziehung bekommen (30 Klassen)
4. Einige Kinder sind mit Unterrichtsinhalt und Methoden unzufrieden (96 Klassen)
5. Es werden zu spät Maßnahmen gegen Probleme, wie das Quälen von Mitschülern (Ijime), ergriffen (51 Klassen)
6. Mangelnde Führungsqualitäten des Schulleiters und keine Zusammenarbeit im Lehrerkollegium (51 Klassen)
7. Inflexibler Umgang des Lehrers mit den Schülern (104 Klassen)
8. Da kein ausreichender Austausch mit den Eltern stattfindet, kommt kein Vertrauensverhältnis auf und Gegenmaßnahmen werden zu spät ergriffen (47 Klassen)
9. Ergebnisse von Forschung und Praxis in der Schule werden nicht in der ganzen Schule weitergeleitet (24 Klassen)
10. Probleme der Lehrer mit den Erziehungsmethoden der Eltern (26 Klassen)

Als eine Ursache für den Klassenzimmerkollaps wird in dem Bericht der plötzliche Anstieg der Schülerzahl pro Klasse aufgrund von Klassenzusammenlegungen genannt. Für solche Fälle will das Monbusho Lehrer im Ruhestand als Teilzeitkräfte aktivieren.

Außerdem wird betont, daß sich das Öffentlichkeitsbild der Schule ändern müsse und die Lehrer ihre Schüler nicht als graue Masse sehen, sondern die Individualität eines jeden Schülers beachten sollten. Die Lehrer sollten die Schüler nicht ‚beherrschen‘ sondern vielmehr als ‚Hauptakteure‘ im Klassenzimmer begreifen.

Ferner müsse die Lehrerbildung grundlegend überprüft, konkreter und praxisorientierter gestaltet werden. Um den Kindern das Erlernen grundlegender Umgangsformen zu ermöglichen, sollten die Eltern bereits sehr früh Unterstützung von der Schule bekommen. Während der Schulzeit sollte dann ein enger Kontakt zwischen Schule und Eltern gepflegt werden. In einigen Fällen könnte es sogar sinnvoll sein, daß die Eltern am Unterricht teilnehmen.

Flexibilität wird von den Lehrern gefordert, um den Unterricht interessant und verständlich zu

gestalten. Probleme sollten sie nicht alleine zu lösen versuchen, sondern in Absprache mit ihren Kollegen.

(Quelle: Asahi, 19.05.00, Japan Times: 20.05.00)

Soziale Dienste sollen für Schüler zur Pflicht werden

Die „National Conference on Educational Reform“, ein persönliches Beratungsorgan des Premierministers, die im März ihre Arbeit aufnahm (vgl. JSPS Rundschreiben 02+03/2000), hat einen Bericht über Reformen im Bereich Bildung seit Ende des zweiten Weltkrieges vorgelegt.

Der Bericht enthält verschiedene Vorschläge und Pläne:

Für Schüler der Grund- und Mittelschule sollen pro Jahr zweiwöchige, für Schüler der Oberschule einmonatige soziale Dienste zur Pflicht werden, so daß sie vor dem Erreichen des achtzehnten Lebensjahres insgesamt ein Jahr lang soziale Dienste geleistet haben. Dadurch soll das soziale Verhalten der Kinder geschult werden.

Mehr Wert auf die Moralerziehung soll an den Grundschulen mit dem Fach ‚Moral‘, an den Mittelschulen mit dem Fach 人間科 (ningenka, human science) und an den Oberschulen mit einem Fach über das Alltagsleben (人生科, ninseika) eingeführt werden.

Lehrer, die für den Schulbetrieb nicht geeignet sind, sollten die Möglichkeit haben, ihre Stelle oder ihren Tätigkeitsbereich innerhalb der Schule zu wechseln, könnten aber auch ihres Amtes enthoben werden. Die wiederholte Überprüfung der Lehrqualifikation wird ebenfalls vorgeschlagen.

Ferner soll eine Schulevaluation, bestehend aus interner und externer Evaluation, eingeführt werden. Die Entscheidungsbefugnis des Schulleiters bezüglich Personal- und Haushaltsangelegenheiten sollte erweitert werden, junge Schulleiter ins Amt berufen und die Amtsdauer verlängert werden.

Die Klasseneinteilung sollte sich nach den Fähigkeiten der Schüler richten. Die Klassen sollten klein, die Einschulung auch schon mit fünf Jahren möglich sein.

Das Erlernen des Umgangs mit Informationen und Netzwerken sollte schon ab der Grundschule, der Englischunterricht möglichst früh beginnen.

50 Prozent der Mittel- und Oberschulen sollen zusammengelegt werden.

Des weiteren sollen auch Schüler unter 18 Jahren ein Universitätsstudium beginnen können. Die Verlegung des Semesterbeginns auf September soll forciert werden, damit Studenten nach einem Auslandsstudium direkt nach ihrer Rückkehr mit dem Studium fortfahren können. Darüber hinaus, soll die Universitätsaufnahmeprüfung zugunsten

von verschiedenen Prüfungen abgeschafft werden, die während der Oberschulzeit abgelegt werden sollen. Ein „provisorisches Aufnahmesystem“ soll die Eignung der Studenten ein Jahr nach der Einschreibung überprüfen.

Insbesondere betont der Bericht die Bekämpfung der zunehmenden Jugendkriminalität durch eine Verbesserung der familiären Erziehung oder der Förderung gemeinsamer Aktivitäten (z.B. durch einen Eltern-Lehrer-Verband) zu einem besseren Moralbewußtsein zu erziehen. So soll der Schwerpunkt auf ein vielfältigeres Bildungssystem gelegt werden, welches zu kreativen und begabten Menschen heranzieht.

Viele der Ausschußmitglieder halten eine Änderung des Grundlagengesetzes zur Bildung für erforderlich. Dies würde jedoch nicht direkt zu einer Lösung der Probleme im Bildungsbereich führen und ein konkreter Reformplan sei unbedingt notwendig, hieß es.

(Quelle: Nikkei 27.07.00, Asahi 27.07.00, Japan Times 27.07.00)

Japan soll Bildung in Entwicklungsländern fördern

Der Panel on International Education Cooperation, ein beratendes Organ des japanischen Bildungsministers, plädiert für die Bildungsförderung in Entwicklungsländern. Japanische Universitätsausbildung soll per Internet in internationalen Programmen in Japanisch und Englisch, bei Bedarf auch in der jeweiligen Landessprache angeboten werden.

Ferner will man für Grund- und Mittelschullehrer aus Asien und dem pazifischen Raum sechs- bis zwölfmonatige Informationstechnologiekurse in Japan abhalten.

Der Panel schlägt außerdem vor, daß Japan Berater für IT-Ausbildung aus Regierung und Universität in die Entwicklungsländer schicken soll, die dort an der Entwicklung internationaler Internet-Fernlernprogramme mitarbeiten sollen.

Um die Zahl der IT-Experten in den Entwicklungsländern zu erhöhen, plant der Panel, dreijährige Trainingsprogramme für Ingenieure anzubieten. Dieses von Japan finanzierte Training sollen auch in den Entwicklungsländern selbst angeboten und von der UNESCO und anderen internationalen Organisationen durchgeführt werden. Ende des Jahres wird der Panel einen Abschlußbericht veröffentlichen.

(Quelle: Japan Times 18.07.2000)

JSPS Liaison Office Bonn

Wissenschaftszentrum Bonn

PF 20 14 48, 53144 Bonn, Fax: 02 28 / 9 57 77 77

Email: jsps-bonn@t-online.de